

Fragen

für die Fragestunde der 13. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Januar 2006

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berninger, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Bettin, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Königshaus, Hellmut (FDP)	8, 9
Fell, Hans Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 4	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	1, 27
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Meinhardt, Patrick (FDP)	15, 16
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	18, 19
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	14, 20	Rohde, Jörg (FDP)	6, 7
		Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
		Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	3, 17

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.) Welche Krankenkassenvorstände haben gegen die Veröffentlichung der Vorstandsvergütungen geklagt, und welche Kosten sind durch diese Klagen entstanden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Handelt es sich bei den Aussagen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, für eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken um eine Privatmeinung des Ministers oder beabsichtigt die Bundesregierung ihre Arbeitsgrundlage zu verändern, die sie in der Antwort auf meine Frage 44 in der Fragestunde am 18. Januar 2006 (Plenarprotokoll 16/10, Seite 705 D) dahingehend gegeben hat, dass der § 1 Nr. 1 des Atomgesetzes, demzufolge die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität geordnet beendet wird, Grundlage der Arbeit der Bundesregierung sei, sowie dass eine Verlagerung der Laufzeiten nach dem geltenden Recht nicht möglich sei?*)

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) Ist die Bundesregierung der allgemeinen Aufforderung des Generalsekretärs des Europarates, Terry Davis, nachgekommen, zumindest im deutschen Verantwortungsbereich der KFOR-Truppen dafür Sorge zu tragen, dass der Ausschuss zur Verhütung von Folter des Europarates ungehinderten Zugang zu allen KFOR-Hafteinrichtungen erhält?

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordneter
**Hans Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fälle im In- oder Ausland sind der Bundesregierung bekannt, in denen es Hinweise darauf gab, dass Terroristen über Anschläge auf Atomanlagen nachgedacht bzw. sogar Anschläge geplant haben?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

5. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen möchte der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, reduzieren bzw. abschaffen, wenn er eine Beendigung der Bevorzugung des Ökolandbaus fordert (vgl. www.netzeitung.de vom 12. Januar 2006) – gerade auch unter Berücksichtigung der neuen Studie von Professor Stephan Dabbert von der Universität Hohenheim (Titel: Organic farming and measures of European agricultural policy) im Auftrag der EU-Kommission?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

6. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass durch die Anwendung der Fahrpersonalverordnung bereits für Fahrzeuge ab 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht (statt wie nach europäischem Recht ab 3,5 t) für zahlreiche Handwerksbetriebe – trotz Ausnahmeregel für Fahrten innerhalb einer 50-km-Grenze – hoher bürokratischer Aufwand durch die Aufzeichnungspflicht über Lenkzeiten, Arbeitszeiten, Lenkzeitunterbrechungen und Ruhezeiten entsteht?

*) Siehe hierzu auch Frage 2.

7. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch eine Ausweitung der bisherigen 50-km-Grenze auf einen größeren Radius das Handwerk im Bereich der Bürokratie entlastet werden kann, und wenn nein, welche anderen Mittel zur Deregulierung und zum Abbau der Bürokratie für Handwerksbetriebe schlägt die Bundesregierung im Bereich der Aufzeichnungspflicht über Lenkzeiten, Arbeitszeiten, Lenkzeitunterbrechungen und Ruhezeiten vor?
8. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Ist aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ulrich Kasparick, auf meine Frage 41 in der Fragestunde am 18. Januar 2006 (Plenarprotokoll 16/10, Seite 705 B) zu schließen, dass in Deutschland „nicht planfestgestellte“ Bahnstrecken betrieben werden, und wenn ja, weshalb wird dann dort der Betrieb nicht untersagt?
9. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Auf welche Bahnstrecken soll sich das von der Bundesregierung geplante Lärmsanierungsprogramm beziehen, wenn „planfestgestellte“ Strecken wie die Anhalter Bahn ausscheiden?
10. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht die Kennzeichnung der Straßenbauvorhaben mit naturschutzfachlichem Planungsauftrag im Straßenbauplan aus, und bleibt der naturschutzfachliche Planungsauftrag durch diese Kennzeichnung auch nach Aufnahme in den Straßenbauplan weiter bestehen?
11. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie das Bundesamt für Naturschutz an der Abarbeitung des naturschutzfachlichen Planungsauftrags beteiligt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

12. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen und Programme des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD) basieren derzeit auf Vereinbarungen der Bund-Länder-Kommission oder auf dem Artikel 91b Grundgesetz, und wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeiten, diese Maßnahmen und Programme weiterhin durchzuführen, wenn die im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD vorgesehenen Vorschläge zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung umgesetzt werden?
13. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, die bislang aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Programme des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD) fortzuführen (insbesondere die Unterstützung der Hochschulentwicklung durch den DAAD – zum Beispiel bei Auswahlverfahren für ausländische Studierende – und das Marketing für den Hochschulstandort Deutschland im Ausland), wenn die im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD vorgesehenen Vorschläge zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung umgesetzt werden?
14. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die Hochschulen, die dieses Mal bei der so genannten Exzellenzinitiative aufgrund ihrer schlechteren Ausgangslage nicht ausgewählt wurden, im Vergleich zu den Hochschulen, die über die Initiative im nächsten Jahr gefördert werden, nicht noch weiter zurückfallen und somit bei zukünftigen Auswahlverfahren noch geringere Chancen haben?
15. Abgeordneter
Patrick Meinhardt
(FDP)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Änderungen bei der Zuordnung von Forschungsschwerpunkten zum Forschungszentrum Karlsruhe geplant, und wenn ja, welche?
16. Abgeordneter
Patrick Meinhardt
(FDP)
- Wird die Bundesregierung sich im Rahmen ihrer Kompetenzen für eine Beibehaltung der derzeit für Karlsruhe aufgewendeten Forschungsmittel in mindestens gleicher Höhe auch in den nächsten Jahren einsetzen?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

17. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Ist die Meldung der „Leipziger Volkszeitung“ vom 18. Januar 2006, die sich auf „hochrangige deutsche Sicherheitskreise“ beruft, zutreffend, dass „Informationen über Militär-Konvois, Stellungsausbau in Bagdad sowie Requirierungsmaßnahmen irakischer Regimekräfte“ an US-Stellen seitens des Bundesnachrichtendienstes während des Krieges „übermittelt“ worden sind, wenn diese „auffällig“ waren?
18. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Gibt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, die Auffassung der Bundesregierung wieder, als er im Interview mit der Nachrichtenagentur AP am 24. Dezember 2005 äußerte: „Eine Verankerung [der Kultur als Staatsziel] im Grundgesetz, gerade auch durch eine Initiative aus dem Deutschen Bundestag selbst, würde deutlich machen, welche Bedeutung Kultur für die Gesamtgesellschaft hat.“?
19. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Entspricht die vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, in seiner Rede auf dem Neujahrsempfang der deutschen Phonoverbände am 18. Januar 2006 geäußerte Ablehnung einer sog. Bagatellklausel der Auffassung der Bundesregierung, und wann ist mit der Befassung des Bundeskabinetts mit einem Referentenentwurf zum sog. Zweiten Korb des Urheberrechtsgesetzes in der Informationsgesellschaft zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

20. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung im EU-Ministerrat gegen eine Fassung der EU-Dienstleistungsrichtlinie stimmen, in deren Geltungsbereich auch Bildungs- und kulturelle Dienstleistungen fallen, die laut Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2005 (Plenarprotokoll 15/184, Seite 17369 C) vollständig aus dem Geltungsbereich auszunehmen sind?

21. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele setzt sich die Bundesregierung bei der von der EU im Rahmen von „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ angestrebten Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft, und welche Maßnahmen möchte sie ergreifen?
22. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung ergreifen, um insbesondere kleine Unternehmen und Selbständige im Bereich der IT-Entwicklung zu fördern und stärker zu vernetzen?
23. Abgeordnete
Grietje Bettin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Soll das „Aktionsprogramm Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ inklusive der darin vereinbarten Maßnahmen auch vor dem Hintergrund der nun im Rahmen der sog. i2010-Initiative der Europäischen Kommission notwendigen Maßnahmen evaluiert werden, und um welche Maßnahme soll es ggf. ergänzt werden?
24. Abgeordnete
Grietje Bettin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der Evaluation des gesamten Gemeinschaftsrechts durch die EU-Kommission im Hinblick auf die Informationsgesellschaft und die Mediendienste für Änderungen des Gemeinschaftsrechts ein, und welche Änderungsvorschläge werden das sein?
25. Abgeordnete
Priska Hinz (Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Forschung im Bereich der Sicherheit, Zuverlässigkeit und Interoperabilität von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) voranzubringen, und sind spezielle Förderungen von Forschung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vorgesehen?
26. Abgeordnete
Priska Hinz (Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um, wie in der sog. i2010-Initiative der Europäischen Kommission angestrebt, eine Informationsgesellschaft zu schaffen, die alle Menschen einbezieht, hochwertige öffentliche Dienste bietet und zur Anhebung der Lebensqualität beiträgt, und welche Maßnahmen sind speziell für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich vorgesehen?

27. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass das Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eine vom Bund und dem Freistaat Bayern geförderte Forschungseinrichtung, nach Aussagen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) Personalkosten doppelt abgerechnet hat, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus diesem Vorfall gezogen (Berliner Zeitung vom 8. Dezember 2006)?

